

KOM Klimaneutral, wirtschaftsstark und lebenswert - unsere Kommune von morgen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 15.09.2023

Tagesordnungspunkt: KOM Kommunalpolitischer Leitantrag

1. **Auf unsere Kommunen kommt es an - Für einen
Aufbruch in eine klimaneutrale und
klimaangepasste Zukunft**

Was Baden-Württemberg zu unserem Zuhause macht, das sind unsere Städte und Gemeinden – Sie stiften Gemeinschaft und Identität, sichern unsere Daseinsvorsorge und gestalten unseren Arbeits- und Lebensalltag, die Bildung unserer Kinder und das Miteinander der Generationen. Auch unsere zentralen Zukunftsherausforderungen, vom demographischen Wandel bis hin zur Klimakatastrophe, werden vor Ort in den Kommunen gemeistert. Grüne in Landes- und Bundesregierung setzen zwar den Rahmen für eine ökologische und zukunftsfähige Politik, die tatsächliche Umsetzung findet jedoch auf kommunaler Ebene statt. Die Grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich seit 2011 ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Baden-Württemberg soll bis 2040 klimaneutral sein. Damit unser Land diesem Anspruch einer Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird, sind auch die Kommunen mit ihren umfangreichen Gestaltungsspielräumen gefordert. Die Kommunen und Landkreise können einen signifikanten Beitrag zur Einsparung von klimaschädlichen Treibhausgasen und damit zum Erhalt einer lebenswerten Welt für nachfolgende Generationen leisten: durch die Bereitstellung und den Ausbau von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energiequellen, durch ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr und durch gute und sichere Rad- und Fußwegeverbindungen sowie durch Beratungs- und Unterstützungsangebote zur energetischen Gebäudesanierung. Auf kommunaler Ebene wird Klimaschutz konkret!

Die Folgen des Klimawandels spüren wir zunehmend auch in Baden-Württemberg. Hitzewellen und Trockenperioden nehmen zu, ebenso Unwetter mit Starkregen und Überschwemmungen. Damit gehen gravierende Veränderungen des Natur- und Wasserhaushalts einher, es kommt zu einer Verschiebung von Vegetationsperioden und der Artenzusammensetzung in Lebensräumen. Ebenso verändern sich die Lebensbedingungen für uns Menschen. Die Kommunalpolitik steht deshalb gleich vor zwei großen Aufgaben: Neben dem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel muss sie auch die Anpassung an die sich verändernden klimatischen Bedingungen behertzt angehen. Denn nur durch Maßnahmen wie die Entsiegelung von Flächen, den Schutz vor den Auswirkungen von Extremwetterereignissen und die Bekämpfung von Wasserverschwendung werden wir auch in Zeiten der Klimakrise in unseren Städten und Gemeinden weiterhin eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität erhalten können. Ob Großstadt oder kleiner Ort auf dem Land – die Kommune der Zukunft ist klimaneutral und für die Folgen des Klimawandels gerüstet!

Die Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung ist nicht nur mit Herausforderungen für unsere Kommunen verbunden, hier liegen auch viele Chancen. Die Kommune von morgen bewahrt nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen und minimiert die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels für ihre Bürger*innen: Die Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energiequellen unterstützt auch die

43 regionale Wirtschaft und entlastet den Geldbeutel unserer Bürger*innen.
44 Klimafreundliche und vernetzte Mobilitätskonzepte erleichtern den Menschen den
45 Alltag. Davon profitiert nicht zuletzt auch der örtliche Handel. Gute
46 Erreichbarkeit, begrünte und entsiegelte Flächen eröffnen neue
47 Freizeitmöglichkeiten und machen Kommunen zu Wohlfühlorten für alle Menschen.
48 Die grüne Kommune der Zukunft bringt Menschen zusammen, bietet hervorragende
49 Standortfaktoren für die Wirtschaft und attraktive Arbeitsplätze für ihre
50 Bürger*innen!

51 Ein echter Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft ist ein
52 gesamtgesellschaftlicher Kraftakt. Eine Politik, die unser Klima schützt, bringt
53 Veränderungen und Herausforderungen für jede*n einzelne*n Bürger*in mit sich.
54 Keine andere politische Ebene ist so nah und greifbar für die Bürger*innen wie
55 die kommunale Ebene. Die Menschen mitzunehmen, sie zu überzeugen und Teil eines
56 gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses werden zu lassen, wird deshalb
57 nirgendwo besser gelingen als vor Ort in den Städten und Gemeinden. Dieses
58 Potential wollen wir nutzen, um die notwendigen Veränderungen, gemeinsam mit den
59 Bürgerinnen und Bürgern, zu gestalten.

60 Wir Grüne wollen, dass unsere Vision einer klimafreundlichen, klimaangepassten
61 und lebenswerten Kommune in Baden-Württemberg flächendeckend Wirklichkeit wird –
62 das packen wir auf allen Ebenen an. In Bund und Land arbeiten wir weiter an
63 politischen Rahmenbedingungen, die eine konsequente Umsetzung von Klimaschutz
64 auf kommunaler Ebene ermöglichen. Durch die Entschlackung von
65 Genehmigungsprozessen, durch eine konsequente Aufgabenüberprüfung und durch den
66 Abbau verzichtbarer Regelungen reduzieren wir die Belastungen für Verwaltung,
67 Bürger*innen und Unternehmen. So setzen wir auf kommunaler Ebene alle Kräfte für
68 die Bewältigung unserer gemeinsamen Zukunftsaufgaben, den Klimaschutz und die
69 Klimawandelanpassung in Bewegung. Die bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung
70 unserer Kommunen bei den gewachsenen Aufgaben des Klimaschutzes und der
71 Klimaanpassung ist dafür zwingende Voraussetzung. Wir sehen Klimaschutz und
72 Klimaanpassung als zentrale Gemeinschaftsaufgaben an. Sie müssen von allen
73 politischen Ebenen als Pflicht aufgegriffen und schnellstmöglich umgesetzt
74 werden.

75 Erfolgreicher Klimaschutz als auch erfolgreiche Klimaanpassung entscheidet sich
76 letztendlich vor Ort. Nach den starken Mandatzugewinnen bei den Kommunalwahlen
77 2019 arbeiten wir Grüne in den Gemeinderäten und Kreistagen, in der Verwaltung,
78 den Regionalparlamenten und Ortschaftsräten und an den Rathausspitzen mit großem
79 Engagement an der Umsetzung wirksamer Klimaschutz- und
80 Klimawandelanpassungsmaßnahmen. Die Erfolge unserer Arbeit sind sichtbar:
81 Bereits heute zeigen viele Kommunen in Baden-Württemberg, was in Sachen
82 Klimaschutz und Klimaanpassung alles möglich ist und dienen damit als wichtige
83 Vorbilder. Für uns ist klar: Um heute die Voraussetzungen für die klimaneutrale
84 und klimaangepasste Kommune von morgen in ganz Baden-Württemberg schaffen,
85 braucht es starke Grüne auf kommunaler Ebene.

86 2. **Klimaschutz in der grünen Kommune von (und** 87 **für) morgen**

88 Wir wollen Baden-Württemberg zum Klimaschutzland Nummer eins machen. Dieses
89 ambitionierte Ziel haben wir mit den Grün-geführten Landesregierungen in den

90 vergangenen Jahren bereits mit Leben gefüllt. So haben wir das Klimaschutz-
91 Sofortprogramm aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt – von der Einführung
92 eines CO₂-Schattenpreises, über die Vergabeoffensive zur Vermarktung von
93 Staatswaldflächen für die Windkraft, bis hin zur Einrichtung eines Klima-
94 Sachverständigenrats. Mit der Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der
95 Erneuerbaren Energien haben wir die Dauer der Genehmigungsverfahren halbiert und
96 die Flächenkulisse für Wind und Freiflächen-Photovoltaik massiv erweitert. Mit
97 unserem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz sind wir bundesweit
98 Vorreiter. So haben wir als erstes Bundesland die verpflichtende kommunale
99 Wärmeplanung eingeführt, Förderprogramme einem Klimavorbehalt unterzogen und
100 eine umfassende Photovoltaik-Pflicht für neue Gebäude und Parkplätze gesetzlich
101 verankert.

102 Das Land ist auch beim Klimaschutz ein starker Partner für unsere Kommunen. Das
103 Grün-geführte Umweltministerium hat daher den Klimaschutzpakt zwischen Land und
104 den kommunalen Landesverbänden zum vierten Mal fortgeschrieben und mit weiteren
105 finanziellen Mitteln verstärkt, um der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf
106 kommunaler Ebene eine Grundlage zu bieten – beispielsweise mit der Förderung von
107 Personalstellen für die klimaneutrale Kommunalverwaltung. Ebenso hat die Grün-
108 geführte Landesregierung in Baden-Württemberg die regionalen Energieagenturen
109 finanziell gestärkt, damit diese die Kommunen, die Wirtschaft, aber auch
110 Bürger*innen in Sachen Energie- und Wärmewende beraten können. Mit der Änderung
111 des Klimaschutzgesetzes wurden auch Koordinator*innen für Mobilität und
112 Klimaschutz gesetzlich verankert. Die kreisweite Informationsstelle dient den
113 Kommunen zur Vernetzung und zur Bündelung von Informationen, um die
114 Mobilitätswende vor Ort umsetzen zu können.

115 Kommunale Wärmewende voranbringen

116 Die Wärmewende findet vor Ort statt und ist entscheidend, um die Klimaziele zu
117 erreichen. Die Kommunen haben damit eine Schlüsselrolle bei der klimaneutralen
118 Wärmeversorgung. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir die kommunale Wärmeplanung
119 in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht und sind damit bundesweit Vorreiter:
120 Die Stadtkreise und großen Kreisstädte sind verpflichtet, bis Ende 2023 eine
121 kommunale Wärmeplanung vorzulegen. Kleinere Kommunen werden dabei unterstützt,
122 eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Diese Pionierarbeit vieler Kommunen
123 soll sich lohnen. Wir setzen uns ein für attraktive Förderbedingungen zur
124 schnellen und frühzeitigen Umsetzung der Wärmeplanung. Schnelle Geschwindigkeit
125 bei der Umsetzung der Wärmeplanung soll mit einem Geschwindigkeitsbonus belohnt
126 werden, denn der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung muss
127 schneller steigen als bisher. Gleichzeitig muss die Sanierungsquote im
128 Gebäudebestand erhöht werden. Neu gedämmte und isolierte Gebäude verbessern den
129 Wohnkomfort und verbrauchen weniger Wärme. Die Wärmewende steht unter dem Motto
130 "Efficiency First". Dabei ist klar, die Wärmewende gelingt nur technologieoffen.
131 Der Bund muss Länder und Kommunen finanziell bei der schnellen Umsetzung
132 unterstützen. Bundes- und Landesgesetze können dabei einen Rahmen vorgeben, doch
133 vor Ort finden wir die jeweils beste und passende Lösung.

134 Wärmenetze sind gerade in Ballungsräumen eine wichtige Infrastruktur für eine
135 klimaneutrale Wärmeversorgung. Wir wollen für einen schnellen und
136 unkomplizierten Ausbau der Wärmenetze in den Kommunen die Planungs- und
137 Genehmigungszeiten beschleunigen und die Planungsbehörden mit personellen

138 Ressourcen stärken. In einigen Kommunen tragen große Landesliegenschaften - wie
139 Campus-Areale von Universitäten und Universitätskliniken - einen erheblichen
140 Anteil des Wärmebedarfs bei. Hier wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen
141 Dekarbonisierungskonzepte erarbeiten, die Quellen zur erneuerbaren
142 Wärmeerzeugung auf Landesflächen erschließen und die Potentiale einer Anbindung
143 der Landesliegenschaften an kommunale Wärmenetze prüfen.

144 Bei der zentralen Wärmeversorgung haben wir in Baden-Württemberg einen Trumpf im
145 Ärmel, den wir nutzen müssen: die tiefe Geothermie vor allem am Oberrheingraben
146 und in Oberschwaben. Erste Projekte laufen bereits, um diese Wärmequelle zu
147 nutzen. Dabei ist klar: Große Infrastrukturvorhaben wie Tiefbohrungen lassen
148 sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Gute und verlässliche Kommunikation
149 und Information sind bei solchen langfristigen Vorhaben unerlässlich. Um das
150 große Potenzial der Geothermie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung besser zu
151 nutzen, setzen wir uns ein für einen verlässlichen rechtlichen Rahmen,
152 durchdachte Planungen und klare Versicherungsregelungen.

153 Bei der klimaneutralen Wärmeversorgung kommt innovativen Projekten zunehmend
154 eine wichtigere Rolle zu. So gibt es in verschiedenen Kommunen bereits positive
155 Erfahrungen mit der Nutzung von Abwärme aus Kläranlagen oder großen
156 Umweltwärmepumpen - beispielsweise Flusswärmepumpen. Solche Projekte wollen wir
157 flächendeckend, in großen und kleineren Kommunen umsetzen.

158 **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

159 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns unsere
160 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern drastisch vor Augen geführt. Sowohl auf
161 Bundes- als auch auf Landesebene haben wir daraufhin ein ganzes Bündel an
162 Maßnahmen auf den Weg gebracht, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten zu
163 reduzieren. Diese Anstrengungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir
164 weiter vorantreiben. So soll künftig bei der Vergabe von Staatswaldflächen für
165 die Windkraft eine engere Abstimmung zwischen Forst BW und den örtlichen
166 Kommunen stattfinden. Zudem müssen die Pachtpreise von Forst BW so gestaltet
167 sein, dass Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich nicht schlechter dasteht
168 und Baden-Württemberg für Projektierer*innen zum attraktiven Standort wird.
169 Ebenso setzen wir uns ein für eine stärkere Berücksichtigung von
170 Bürgerenergiegenossenschaften bei der Vergabe von Staatswaldflächen, um die
171 Akzeptanz der Projekte so zu erhöhen.

172 Unseren Kommunen kommt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle
173 zu. Zum einen wollen wir bestehende kommunale Gebäude und Parkplätze stärker für
174 Photovoltaik nutzen, so sollen bis 2040 alle kommunalen Gebäude und Parkplätze
175 mit Photovoltaik ausgestattet sein und zum anderen müssen wir die
176 Flächenausweisung für Wind und Freiflächen-Photovoltaik über die
177 Flächennutzungs- und Regionalplanung weiter vorantreiben. Landesweit sollen für
178 Wind mindestens zwei Prozent und für Freiflächen-Photovoltaik mindestens ein
179 Prozent der Fläche ausgewiesen werden. Damit ausreichend Flächen für den Ausbau
180 der Erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, ist es notwendig, dass die
181 Kommunen verstärkt in die planerische Sicherung der Flächenausweisung
182 einsteigen.

183 Zudem wollen wir, dass Kommunen Spielräume beispielsweise über Bebauungspläne
184 nutzen, um weitgehendere Anforderungen an den Bau von Gebäuden im Hinblick auf
185 Klimaschutz und Klimawandelanpassung festzusetzen, insbesondere was die Nutzung
186 von Photovoltaik oder den Anschluss und die Benutzung von Wärmenetzen anbelangt.

187 Zahlreiche Kommunen haben in der Vergangenheit positive Erfahrungen mit
188 kommunalen Förderprogrammen zu Balkon-Photovoltaik gemacht. Dies wollen wir auch
189 in weiteren Kommunen zur Nachahmung anregen. Über Bündelausschreibungen, zum
190 Beispiel für Photovoltaik, können Kommunen ihre Bürger*innen hinsichtlich
191 organisatorischer und bürokratischer Hürden bei der Planung und Installation von
192 Anlagen entlasten.

193 Es gibt in Baden-Württemberg zahlreiche Bioenergiedörfer, die mindestens 50
194 Prozent des Stroms und der Wärme aus erneuerbaren Quellen vor Ort erzeugen und
195 verbrauchen. Viele dieser Kommunen erzeugen inzwischen sogar mehr Strom und
196 Wärme, als sie vor Ort verbrauchen. Sie unterstützen mit diesem Überschuss ihre
197 kommunalen Nachbar*innen und zeigen, wie in Baden-Württemberg Städte und
198 Gemeinden Hand in Hand arbeiten.

199 Finanzschwache Kommunen wollen wir stärker vernetzen und interkommunale
200 Zusammenarbeit erleichtern – beispielsweise beim sogenannten Energie-
201 Contracting, bei dem Energieeffizienzmaßnahmen durch einen Energiedienstleister
202 umgesetzt werden, bei der Berufung von Klimamanager*innen oder dem Einrichten
203 von Beratungsangeboten.

204 **Neue Mobilität für Mensch und Klima**

205 In unserer grünen Kommune von morgen können die Menschen beispielsweise auf
206 Carsharing oder Mitfahrgelegenheiten zurückgreifen oder den Weg zur Arbeit oder
207 zum Lebensmittelladen gleich mit Bahn, Bus, Rad oder zu Fuß zurücklegen. Damit
208 wird nicht nur das Klima geschützt, auch nachteilige Effekte des Autoverkehrs
209 durch Lärm und Abgase auf Gesundheit und Lebensqualität werden vermindert.

210 Baden-Württemberg ist in Sachen Verkehrswende in vielerlei Hinsicht vorbildlich:
211 Kein anderes Land packt die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken so
212 systematisch an, schafft immer mehr Regiobus-Linien für die ländlichen Räume,
213 baut Radwege entlang von Landesstraßen aus und fördert den Bau komfortabler
214 Radschnellwege für längere Distanzen. Unser Land hat begonnen, den
215 Tarifschub im öffentlichen Nahverkehr zu lichten, lange bevor es das
216 Deutschlandticket gab. Heute fahren so viele Züge wie nie zuvor und bedienen
217 zunehmend auch Tagesrandlagen und Wochenenden. Immer mehr Züge fahren
218 elektrisch, emittieren dadurch kein CO₂ mehr und machen weniger Lärm. Auch beim
219 Busverkehr sollen klimafreundliche Antriebstechnologien stärker gefördert
220 werden.

221 Wir setzen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mobilitätsgarantie, die auch in
222 kleineren Orten von früh morgens bis spät abends öffentliche Nahverkehrsangebote
223 vorsieht, um. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die
224 Bürger*innen in möglichst vielen Orten durch die Einführung eines
225 Mobilitätspasses von einem umlagefinanzierten Nahverkehr profitieren. Dabei
226 achten wir auf die Barrierefreiheit der Angebote. Auf kommunaler Ebene

227 unterstützen wir die Einrichtung von Einrichtung von Bürgerbuslinien und
228 Bürgerrufautos.

229 Vom Bund kommen einige positive Impulse: Das Deutschlandticket sowie unser in
230 Baden-Württemberg eingeführtes vergünstigtes Deutschlandticket für junge
231 Menschen ermöglicht es in unseren baden-württembergischen Kommunen,
232 unkompliziert und deutlich preiswerter Bus und Bahn zu nutzen. Auf Bundes- und
233 Landesebene muss die Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets sichergestellt
234 werden. Darüber hinaus müssen die Regionalisierungsmittel weiter erhöht werden,
235 um den regionalen Schienenverkehr der Länder finanziell abzusichern und weitere
236 Angebotsverbesserungen umsetzen zu können. Radverkehrsmittel für sichere Wege
237 sollten auf höherem Niveau verstetigt werden.

238 Da über 40 Prozent aller Autofahrten auf Kurzstrecken stattfinden, sehen wir ein
239 erhebliches Verlagerungspotential zugunsten des Fahrrads. Daher setzen wir uns
240 insbesondere ein für den Ausbau von Radwegen, für sichere und komfortable
241 Radabstellanlagen sowie für eine verbesserte und einheitliche
242 Radinfrastrukturbeschilderung und -beleuchtung. Mit dem Förderprogramm des
243 Landes Baden-Württemberg sollen bis 2027 etwa 600 Kilometer neue Radwege in
244 kommunaler Baulast gebaut werden.

245 Um die Geschwindigkeiten in den Ortsdurchfahrten zu reduzieren, den
246 Verkehrsfluss zu verstetigen und die Verkehrssicherheit zu verbessern, sollten
247 Kommunen eigenständig über Tempo 30 innerorts und über die Ausweisung von
248 Fahrradstraßen entscheiden können. Wir drängen darauf, dass sich der Bund mit
249 den Ländern endlich auf eine wirkliche Reform des Straßenverkehrsrechts
250 zugunsten von Städtebau, Klimaschutz und sicherem Fuß- und Radverkehr
251 verständigt. Vor Ort nutzen wir die Spielräume bereits vielfältig und bauen
252 Busangebote aus – auch über Landkreisgrenzen – und reduzieren Reisezeiten durch
253 Vorrangregelungen für Busse an Ampeln, treiben den Ausbau von barrierearmem und
254 sicherem Fußverkehr voran, ebenso die Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen.
255 In den Kommunen stärken wir den Anteil von klimaneutralen Verkehrsträgern durch
256 die Einrichtung von Mobilitätsstationen, bei denen Bahn- und Buslinien, sowie
257 Fahrradwege und Carsharing-Angebote an einem Ort zusammengeführt werden.

258 Selbstverständlich wissen wir auch, dass das Auto insbesondere in unseren
259 Kommunen in den ländlichen Räumen nicht für alle verzichtbar ist. Hier setzen
260 wir auf alternative Antriebe und bauen die elektrische Lade-Infrastruktur in der
261 Fläche aus. In Städten wie in den Dörfern können Autos vermehrt gemeinsam –
262 durch Mitfahrgemeinschaften oder Carsharing – genutzt werden.

263 Im Bereich des Logistikverkehrs wollen wir in den Kommunen Alternativen zum LKW-
264 Transport stärken, indem wir den Einsatz von Lastenrädern und neue
265 Verteilkonzepte wie Cityhubs vorantreiben.

266 **Ernährung, Land- und Forstwirtschaft – Bewahren,** 267 **was uns und unser Klima schützt**

268 Kommunen sind wichtige Räume für Land- und Forstwirtschaft. Regionale Kreisläufe
269 und ein enger Bezug zwischen Bürger*innen als Konsument*innen und den
270 erzeugenden Landwirt*innen ist uns ebenso wichtig wie eine Stärkung des Beitrags
271 der Land- und Forstwirtschaft für Klimaanpassung und Klimaschutz.

272 Seit 2011 gibt es in Baden-Württemberg ein Grünlandumwandlungsverbot, welches
273 die Umwandlung von Dauergrünland für andere landwirtschaftliche Nutzungen
274 weitestgehend verhindert. Zudem stärkt die Landesregierung mit dem
275 Förderprogramm FAKT II bereits heute die Biodiversität, den Klimaschutz und das
276 Tierwohl innerhalb der Landwirtschaft.

277 Auf Landesebene setzen wir uns ein für eine Reduktion der Ausbringung von
278 Stickstoffdünger, wobei die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Umstellung hin
279 zu klimaverträglicheren Düngern niederschwellige Hilfestellungen seitens der
280 Politik erhalten. Zudem machen wir uns dafür stark, dass bei der Verpachtung
281 kommunaler landwirtschaftlicher Flächen konsequent die Auswirkungen auf Klima
282 und Biodiversität berücksichtigt werden. Auch soll seitens der Kommune
283 regenerative Landwirtschaft finanziell gefördert werden. Diese verfolgt das Ziel
284 mithilfe von Humusaufbau, CO₂ aus der Luft im Boden zu binden.

285 Als natürliche Kohlenstoffsene kommt dem Moorschutz eine zentrale Funktion beim
286 Klimaschutz und der Klimawandelanpassung zu. Es soll eine landesweite
287 Moorschutzstrategie entwickelt werden, um beispielsweise bereits trockengelegte
288 Moore wieder zu vernässen und den Ankauf weiterer Flächen für den Moorschutz
289 durch das Land voranzutreiben. Des Weiteren sehen wir die Freiflächen-
290 Photovoltaik als wichtige Chance, Landwirtschaft und Erneuerbare Energien im
291 Rahmen einer Doppelnutzung zu vereinen. Wir unterstützen weiterhin die
292 Etablierung der sogenannten Agri-Photovoltaik, um dort, wo es Potenziale gibt,
293 die "doppelte Ernte" einzufahren – Tier- und Pflanzenschutz durch Verschattung
294 von Acker- und Weidefläche bei gleichzeitiger Erzeugung von Erneuerbarem Strom.

295 Wir wollen die negativen Klimaauswirkungen unserer Ernährung senken und daher
296 die Versorgung mit regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln landesweit
297 erleichtern. Die Bio-Musterregionen haben sich für eine starke ökologische
298 Landwirtschaft entlang regionaler Wertschöpfungsketten bewährt – der ökologische
299 Landbau ist Vorreiter in der Klimawandelanpassung. Eine Instrument, um die
300 Außerhausverpflegung in Restaurants, Pflegeheimen, JVAen, Kantinen, Schulen &
301 KiTas flächendeckend mit regionalen und Bio-Lebensmitteln abzudecken und damit
302 unnötige Transportkosten zu vermeiden und die regionale Landwirtschaft zu
303 stärken, ist es, Anbieter*innen und Abnehmer*innen in der Region über Online-
304 Plattformen zusammenbringen.

305 **Die Kommunalverwaltung als Vorbild in Sachen** 306 **Klimaschutz**

307 Beim Klimaschutz kommt unseren Kommunen eine Vorbildfunktion zu. Die
308 ambitionierten Zielsetzungen aus dem Klimaschutz- und
309 Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg wollen wir auch auf kommunaler
310 Ebene mit Leben füllen. So sollen beispielsweise Kommunen ein verpflichtendes
311 kommunales Klimaschutzkonzept vorlegen, das den Weg zur Klimaneutralität bis
312 spätestens 2040 beschreibt. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch alle
313 Kommunen dem Klimaschutzpakt mit dem Land beitreten und damit von attraktiven
314 Förderkonditionen profitieren. Wir prüfen die Regelungen für mehr Klimaschutz,
315 die wir für die Landesverwaltung festgeschrieben haben, auch für eine Umsetzung
316 in den Kommunen. Dazu zählen unter anderem die kommunale Einführung eines CO₂-
317 Schattenpreises, die stärkere Nutzung von kommunalen Flächen für den Ausbau der

318 Erneuerbaren Energien sowie die Einführung eines Klima-Checks für
319 Gemeinderatsvorlagen. Innerhalb der Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass die
320 öffentliche Hand die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen an Aspekten
321 der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ausrichtet.

322 Wir wollen die finanzielle Unterstützung unserer Kommunen beim Klimaschutz
323 verstetigen, um das Ziel Nettotreibhausgasneutralität bis 2040 zu erreichen. Im
324 Land werden wir prüfen, inwiefern das Bekenntnis der Kommunen zum Klimaziel 2040
325 als Voraussetzung für Förderprogramme des Landes verankert werden kann und
326 inwiefern Modellkommunen mit noch ambitionierteren Zielen besondere
327 Unterstützung erhalten. Zudem wollen wir einen stärkeren Fokus auf jene Kommunen
328 legen, die beim Klimaschutz bislang weniger aktiv sind.

329 Um Klimaschutz auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen, wollen wir
330 Informations- und Beratungsangebote der Kommunen weiter stärken, um Bürger*innen
331 eine unkomplizierte Anlaufstation für Fragen rund um Klimaschutzmaßnahmen und
332 die Energiewende anzubieten. Die vom Land geschaffene KEA, die Klimaschutz- und
333 Energieagentur, ist hierbei durch ihre umfassende und individuelle Beratung eine
334 wichtige Stütze für unsere Kommunen. Indem Kommunen die Gründung von
335 Bürgerenergiegesellschaften fördern, wird über eine wirtschaftliche Teilhabe von
336 Bürger*innen auch die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Energiewende
337 gestärkt. Wichtig bleibt aber, Bürger*innen bei geplanten Projekten frühzeitig
338 zu informieren und einzubeziehen, sowie politische Entscheidungen transparent zu
339 gestalten. Dazu tragen vor Ort auch Formate wie das Forum Energiedialog des
340 Umweltministeriums bei. Als weiteres wichtiges Partizipationsinstrument wollen
341 wir die vom Land bisher schon geförderten Klimadialoge, beispielsweise in
342 Schöckingen, ausdehnen. Vor Ort setzen wir uns ein für die Einrichtung von
343 Klimabeiräten und den Austausch mit Vereinen und Verbänden.

344 **Mit reformierter Abfallwirtschaft** 345 **Treibhausgasemissionen reduzieren**

346 Die Erfolge in der Reduzierung der Treibhausgase in der Abfallwirtschaft sind im
347 besonderen Maße dem Engagement von Kommunen zu verdanken. So konnten die CO₂-
348 Emissionen der Abfallwirtschaft zwischen 1990 und 2018 um über 75 Prozent
349 gesenkt werden, da heutzutage deutlich weniger Siedlungsabfälle deponiert
350 werden.

351 Primäres Ziel der Abfallwirtschaft muss die Abfallvermeidung sein. Die
352 Einführung einer Verpackungssteuer und die Vermeidung von Abfällen bei
353 Veranstaltungen sind hierfür wirkungsvolle Instrumente.

354 Wo Abfallvermeidung nicht gelingt, ist für die Kreislaufwirtschaft eine gute
355 Trennung der unterschiedlichen Materialien entscheidend, um den anfallenden
356 Abfall bestmöglich als Wertstoff weiternutzen zu können. Das ist der Fall, wenn
357 die sortenreine Müllfassung möglichst komfortabel gestaltet wird, zum Beispiel
358 durch eine haushaltsnahe Erfassung möglichst vieler Wertstoffe oder durch eine
359 flächendeckende Versorgung mit Abfalltonnen. Auch eine höhere Dichte an
360 Recyclinghöfen hilft bei der getrennten Erfassung von Wertstoffen. Dadurch
361 gelangt möglichst wenig Restabfall in Müllverbrennungsanlagen, die nur unter
362 Beachtung höchster Umweltstandards laufen sollten. Mindestkriterium bei
363 Müllverbrennungsanlagen ist die Weiterverwendung von durch die Verbrennung

364 entstandener Energie, der Abwärme und der Schlacke. Auf Landesebene machen wir
365 uns dafür stark, dass Bioabfälle verpflichtend einer Mehrfachnutzung zugeführt
366 werden, zum Beispiel in Form von kombinierten Kompostierungs- und
367 Vergärungsanlagen. Wir fördern zudem aktiv die Entwicklung unserer Kommunen hin
368 zur „Zero Waste“-Kommune beziehungsweise zur „plastikfreien Stadt“ durch
369 Unterstützung bei der Konzepterstellung und -umsetzung der Abfallvermeidung,
370 beziehungsweise des konsequenten Abfallrecyclings. Insgesamt setzen wir uns auf
371 Bundesebene für ein komplettes Verbot von Müllexporten ins Ausland ein, da die
372 Praxis weder sozial noch ökologisch vertretbar ist.

373 Klimaschutz in der Kommune: eine Aufgabe von Gewerbe und 374 Handel

375 Der Einzelhandel und das Gewerbe haben unsere Städte und Gemeinden geprägt.
376 Mittelalterliche Märkte und Handwerksgassen gliedern noch heute architektonisch
377 viele Dörfer und Innenstädte in Baden-Württemberg. Die klimagerechte Kommune der
378 Zukunft schließt an diese kompakte historische Ortsplanung an. Denn zur
379 klimafreundlichen Kommune der kurzen Wege gehören Bäckereien, Apotheken und
380 Lebensmittelgeschäfte in Lauf- und Radelweite, sowie innerörtliche Märkte mit
381 regionalem Obst und Gemüse und eine räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten, die
382 Autofahrten überflüssig macht.

383 Wir sehen die Herausforderungen, vor denen Einzelhandel, Familienbetriebe und
384 kleine und mittlere Unternehmen heute stehen. Eine zukunftsorientierte
385 Kommunalpolitik setzt deswegen auf Dörfer und Städte mit Aufenthaltsqualität –
386 und auf mutige Menschen, die sich trauen und dabei unterstützt werden, in
387 unseren Kommunen neue Konzepte umzusetzen. Egal ob es ein Hofladen, ein von
388 einer örtlichen Initiative betriebener Dorfladen oder ein Start-up in der Stadt
389 ist: Sie alle sind Teil der Vision der kurzen Wege und verdienen und benötigen
390 unsere Unterstützung. In ländlichen Räumen fördern wir mit LEADER und dem
391 Entwicklungsprogramm ländlicher Raum innovative Vorhaben.

392 Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch einzudämmen, um die grüne Lunge der
393 Kommunen zu erhalten, und zugleich lebendige begrünte Städte und Gemeinden zu
394 erhalten – mit hoher Aufenthaltsqualität, attraktiv für Menschen, die zu Fuß
395 gehen und mit dem Rad fahren. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen ihre
396 wirtschaftliche Ansiedlungspolitik klimafreundlich und nachhaltig gestalten. Das
397 bedeutet insbesondere auch, den Flächenverbrauch im Blick zu haben.
398 Gewerbegebiete machen vielerorts einen großen Teil des versiegelten und bebauten
399 Raums aus, auch hier können nachhaltige bauliche Lösungen zum Schutz und der
400 Förderung unseres Klimas gefunden werden. Interkommunale Gewerbegebiete können
401 hier ebenso wie innerörtliche Entwicklungen eine wichtige Rolle spielen. Der
402 Leerstand von innerörtlichen Gewerbebauten muss angegangen und mit nachhaltigen
403 baulichen Konzepten bespielt werden, bevor neue Gebiete an der Peripherie auf
404 bisher unversiegelten Flächen ausgewiesen werden. Das weiterentwickelte
405 Förderprogramm des Landes „Fläche gewinnen durch Innenentwicklung“ treibt
406 flächeneffiziente Nutzung und Neuausrichtung von Gewerbe- und Industriegebieten
407 auf kommunaler Ebene voran.

408 Ein modernes Gewerbegebiet ist baulich, ökologisch und sozial nachhaltig. Das
409 fängt an bei der Infrastruktur und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr
410 und dem Vorhandensein von Fahrradstellplätzen, Carsharing-Angeboten und E-

411 Ladestationen. Es geht über Vorgaben für energieeffiziente Gebäude und
412 Regenwassermanagement, bis zur Verbindung von Arbeit, Wohnen und
413 Kinderbetreuung. In Gewerbegebieten stehen Grünräume zur Verschattung zur
414 Verfügung, Dächer und Fassaden sind begrünt und werden für solare
415 Energieerzeugung genutzt. Klimapositive Elemente steigern die
416 Standortattraktivität für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen und damit die
417 Aufenthaltsqualität für alle Nutzer*innen.

418 Die lokale Verankerung von Kreislaufwirtschaft und die Stärkung von
419 Tauschkonzepten dient der Klimafreundlichkeit von Kommunen. Deshalb fördern wir
420 in den Kommunen beispielsweise Angebote, die die gemeinschaftliche Nutzung von
421 Gütern ermöglichen, und die Einrichtung von Repair-Cafés.

422 3. **Klimaanpassung in der grünen Kommune von** 423 **(und für) morgen**

424 Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was es bedeutet, dass sich unser Klima
425 verändert. So nehmen Starkregenereignisse, Hitzetage von über 30 Grad und
426 Dürreereignisse zu. Wir tun alles dafür, unsere Klimaziele zu erreichen und
427 dabei Vorkehrungen zu treffen, um die Gesellschaft und unser aller Lebensraum
428 vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Trotzdem müssen wir uns auf
429 ein verändertes Klima einstellen. Die grüne Kommune der Zukunft ist eine
430 Kommune, die bei der Stadt- und Raumplanung, beim Wassermanagement und beim
431 Hitzeschutz vorangeht – um Gesundheit und Lebensqualität für alle Bürger*innen
432 sicherzustellen. Den Rahmen dafür setzt unsere landesweite
433 Klimawandelanpassungsstrategie mit ihren über hundert Maßnahmen.

434 **Mit unserer landesweiten Klimawandelanpassungsstrategie ins** 435 **Handeln kommen**

436 Klimaanpassung ist ein Thema von fortwährender Bedeutung für die Landespolitik.
437 So wurde die neueste Fortschreibung der landesweiten
438 Klimawandelanpassungsstrategie im Juli 2023 veröffentlicht. Die Strategie stellt
439 die Risiken des Klimawandels in Baden-Württemberg dar und leitet daraus mögliche
440 Anpassungsmaßnahmen ab. In Monitoringberichten werden die aktuelle Entwicklung
441 und der Umsetzungsstand dieser Maßnahmen beschrieben.

442 Um konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung in unseren Kommunen umzusetzen,
443 unterstützt das Land mit Forschungs- und Förderprogrammen. Ein Beispiel ist die
444 Förderrichtlinie KLIMOPASS. Kommunen können Hitzeaktionspläne erstellen und
445 durch Entsiegelung und Ortsbegrünung das lokale Mikroklima verbessern. Weitere
446 Handlungsfelder sind beispielsweise die Entsiegelung von Flächen, um die
447 vermehrt auftretende Hitzebelastung zu reduzieren und um die Versickerung bei
448 Starkregenereignissen zu erleichtern, aber auch die Renaturalisierung von
449 Fließgewässern, um deren Schutzfunktion zum Erhalt der Biodiversität und der
450 Anpassung an den Klimawandel zu stärken. Mit dem Klimaanpassungsgesetz auf
451 Bundesebene wollen wir die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten für Kommunen
452 und Landkreise verpflichtend machen.

453
454 Die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung treffen zuerst und am stärksten die
455 Menschen, die bereits jetzt über weniger sozioökonomische Ressourcen verfügen.

456 Mit seinen Extremwetterereignissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen wird sie
457 vor allem die Gesundheit und Existenz von bereits vulnerablen und sozial
458 schwachen Personen treffen. Es ist daher unsere Aufgabe, insbesondere auch auf
459 kommunaler Ebene, den Schutz besonders vulnerabler und sozial schwacher
460 Bevölkerungsgruppen
461 sicherzustellen.

462 Klimaangepasste Stadt- und Raumplanung in unseren Kommunen

463 Einer nachhaltigen Stadt- und Raumplanung kommt beim Umgang mit Klimafolgen eine
464 Schlüsselrolle zu. Frischluftschneisen müssen konsequent und unabhängig von
465 Bebauung gewährleistet sein, Überflutungsflächen, Abflussmöglichkeiten in
466 versiegelten Gebieten und Kaltluftentstehungsgebiete müssen erhalten, entwickelt
467 und ausgebaut werden. Wir setzen uns deswegen auf kommunaler Ebene dafür ein, in
468 Flächennutzungs-, Landschafts- und Bebauungsplänen stadt- und lokalklimatischen
469 Aspekten höchste Priorität einzuräumen. Auch eine stärkere Verschattung von
470 Fassaden und Infrastruktureinrichtungen wie etwa Geh- und Radwegen muss künftig
471 bereits bei der Planung mitgedacht werden. Durch eine helle Farbgebung von
472 Gebäuden und des Straßenraums kann der sogenannte Albedo- oder Rückstrahlungs-
473 Effekt genutzt und die Bildung von innerörtlichen Hitzeinseln abgemildert
474 werden, da Hitze dadurch weniger gespeichert wird

475 Öffentliches Grün, Naturschutz & Biodiversität

476 Konkret heißt das: Wir Grüne wollen in den Kommunen dafür sorgen, dass
477 Grünflächen erhalten und konsequent weiterentwickelt werden. Das leistet auch
478 einen Beitrag zur biologischen Vielfalt. Kommunal sind bei der Umsetzung von
479 Bebauungsplänen der Erhalt und die Entwicklung von Grünflächen sowie
480 Pflanzvorgaben konsequent einzuhalten. Hitze-“Hotspots” in Innenorten und in
481 verdichteten Siedlungsgebieten wollen wir außerdem durch intensive Begrünung,
482 sowie Brunnen und Wasserelemente klimatisch entlasten. Wo Nachverdichtungen
483 unausweichlich sind, streben wir eine “doppelte Innenentwicklung” für
484 ausreichend Grünstrukturen und klimatische Abkühlung an. Wo immer möglich, sind
485 asphaltierte Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Kommunen können
486 Entsiegelungspotentiale, beispielsweise im Bereich des ruhenden Verkehrs oder
487 auch in Innenhöfen und entlang überdimensionierter Straßen konsequent nutzen, um
488 zusätzliche Grünstrukturen zu schaffen. Auch private Fassaden-, Hof- und
489 Dachbegrünungen sollen durch die Kommunen finanziell gefördert werden. Weitere
490 Maßnahmen für die Verbesserung klimatischer Bedingungen sind die konsequente
491 Begrünung von Gleistrassen und die Beschattung von öffentlichen Plätzen, Wegen
492 und Gebäuden, beispielsweise durch die Pflanzung klimaangepasster Baum- und
493 Pflanzenarten. Auch ein klimaangepasstes Straßenbegleitgrün trägt zur Absenkung
494 der Hitzebelastung und gleichzeitig zur biologischen Vielfalt bei.

495 In den Kommunen wollen wir Begrünungsmaßnahmen grundsätzlich so ausrichten, dass
496 sie mit einer Stärkung des Biotopverbunds einhergehen. Dabei muss der
497 Naturschutz die Folgen des Klimawandels gezielt berücksichtigen. So müssen
498 Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten auf den Schutzzweck hin überprüft und
499 gegebenenfalls an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst werden. Das
500 Monitoring von Arten sollte gezielt auch Klimafolgen in den Blick nehmen, um mit
501 geeigneten Artenschutzmaßnahmen gegensteuern zu können. Auf kommunaler Ebene

502 setzen wir uns dafür ein, dass Lebensräume wie Feuchtgebiete, Streuobstwiesen
503 und Moore, die besonders stark durch den Klimawandel gefährdet sind, durch eine
504 angepasste Regulierung des Wasserhaushalts vor Austrocknung bewahrt werden.

505 Widerstandskraft unseres Waldes erhöhen und Landwirtschaft 506 klimawandelresilient machen

507 Die Folgen des Klimawandels führen in unseren Wäldern zu gravierenden
508 Veränderungen, häufig in Form von Baumschäden, Baumkrankheiten und flächigem
509 Absterben einzelner Baumarten. Kommunale Masterpläne für eine nachhaltige und
510 klimaangepasste Waldwirtschaft können langfristige Lösungsansätze aufzeigen, um
511 durch eine sukzessive Veränderung der Baumartenzusammensetzung klimastabile
512 Waldbestände zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Wälder weg
513 von Monokulturen und hin zu strukturreichen Mischwäldern entwickelt werden. Die
514 Baumartenwahl darf dabei nicht primär nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen,
515 vor allem Standortgerechtigkeit und damit einhergehend die Klimastabilität und
516 Vitalität einer Baumart muss maßgebliches Kriterium sein. Auch
517 Privatwaldbesitzer*innen müssen bei dieser Entwicklung transparent informiert
518 und begleitet werden, da gut ein Drittel der Forstflächen in Baden-Württemberg
519 in privater Hand sind. Durch Pflanzung und Pflege von Mikro-Wäldern und Pocket-
520 Parks oder Miniatur-Grünräumen können waldähnliche Strukturen auch in
521 Siedlungsgebieten kleinklimatische Wirkung entfalten. Angesichts der zunehmenden
522 Waldbrandgefahr während Hitze- und Trockenperioden wollen wir in den Kommunen
523 die Bevölkerung stärker für diese insbesondere gesundheitliche Gefahr
524 sensibilisieren. Auch sollte das im Wald tätige Personal mit einer
525 Grundausstattung zur Waldbrandbekämpfung ausgerüstet sein.

526 Um die Klimaanpassung in der Landwirtschaft voranzubringen, wollen wir auf
527 kommunaler Ebene über die Gestaltung von Pachtverträgen gezielt auf die
528 Förderung einer naturnahen, ökologischen und klimaangepassten Landwirtschaft
529 hinwirken. Grünflächen, die als Kaltluftentstehungsgebiete auch für die
530 Klimaanpassung bedeutsam sind, wollen wir sichern und weiterentwickeln.
531 Forschungsprojekte zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft können durch die
532 Kommunen unterstützt und begleitet werden. In diesem Zusammenhang sollten auch
533 Agroforstsysteme, bei denen der Anbau von Ackerfrüchten oder Grünland mit Bäumen
534 und Sträuchern auf einer Bewirtschaftungsfläche kombiniert werden, als wichtiges
535 Instrument einer klimaresilienten Landwirtschaft erprobt und durch entsprechende
536 finanzielle Förderung weiterentwickelt werden.

537 Den Wasserhaushalt an klimatische Herausforderungen anpassen

538 Die Wasserver- und -entsorgung, das Management von Starkregen und der
539 Hochwasserschutz stellen die Kommunen in Zeiten des Klimawandels vor immer
540 größere Herausforderungen. Mit der Gründung des Kompetenzzentrums Wasser und
541 Boden gibt die Landesregierung den Kommunen aktiv Hilfestellung, mit Wasser
542 nachhaltig umzugehen, ortsplanerisch auf Dürreperioden zu reagieren und
543 Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen zu treffen. Darüber hinaus
544 unterstützt das Land die Kommunen bei der Entwicklung von Starkregenkarten. Wir
545 wollen unsere Landesstrategie für eine wassersensible Stadt- und Ortsentwicklung
546 ausbauen und unsere Hochschulen dabei unterstützen, in diesem Themenbereich ihre
547 Forschung voranzutreiben.

548 Kommunale Hochwasserschutzpläne und ein umfassendes Starkregenrisikomanagement
549 sind wichtige Instrumente, um sich auf Risikosituationen angemessen
550 vorzubereiten. Das an aktuelle Bedarfe angepasste Flutinformations- und
551 Warnsystem FLIWAS unterstützt Kommunen dabei, Überflutungsrisiken frühzeitig zu
552 erkennen und angemessen zu reagieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
553 Weiterentwicklung der Niedrigwasservorhersage ein.

554 Mit einer Orientierung am Leitbild der Schwammstädte können Quartiere in
555 Hitzephasen besser gekühlt werden, Niederschlagswasser besser gespeichert und im
556 Fall von Starkregen Schäden durch Überflutung verhindert werden. Beim
557 Starkregenmanagement ist die Einrichtung multifunktionaler Flächen, wie sie
558 beispielsweise tiefergelegte Grün- und Spielanlagen darstellen, sinnvoll. Diese
559 können dazu beitragen, trotz Flächenknappheit sowohl den Bedarfen der
560 Anwohner*innen als auch der Notwendigkeit des Starkregenmanagements zu
561 entsprechen. In den Kommunen wollen wir naturnahe Überflutungsflächen schaffen,
562 die gleichzeitig zum Hochwasserschutz und zur Revitalisierung der Gewässer und
563 ihrer Uferbereiche beitragen.

564 Bei der Wasserversorgung muss der sparsame Umgang mit Trinkwasser noch stärker
565 in den Fokus rücken. Hier könnte beispielsweise auch die Einführung von
566 gestaffelten Wasserpreisen eine Option darstellen. Auch den Schutz der
567 Grundwasservorkommen wollen wir verbessern. Mit effizienten Bewässerungsmethoden
568 wollen wir den Wasserbedarf in der Landwirtschaft auch in Trockenperioden
569 begrenzen. Der Masterplan Wasserversorgung, für den perspektivisch aus allen
570 baden-württembergischen Kommunen Daten vorliegen werden, gibt auf kommunaler
571 Ebene einen guten Überblick über aktuelle Wasserbedarfe und mögliche
572 beziehungsweise notwendige Maßnahmen zum Umgang mit der abnehmend zur Verfügung
573 stehenden Ressource Wasser.

574 Kommunale Kläranlagen können mit Unterstützung des Landes um weitere Klärstufen
575 weiterentwickelt werden und tragen so zur Verbesserung der Gewässerqualität bei.
576 Wir unterstützen zudem die neue Verordnung der Europäischen Union zur
577 Entwicklung von Kläranlagen hin zu einer vierten Reinigungsstufe.

578 Den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ausbauen und unsere 579 Feuerwehren bei wachsenden Herausforderungen unterstützen

580 Der Klimawandel bringt den Katastrophenschutz und die Feuerwehren durch die
581 Zunahme von Starkregen- und Hochwasserereignissen sowie Hitze- und
582 Trockenperioden an ihre Belastungsgrenzen. Deshalb müssen bei
583 Katastrophenschutzübungen Klimafolgen verstärkt in den Fokus genommen werden.
584 Die Feuerwehr muss auf die veränderten klimatischen Bedingungen gut vorbereitet
585 und entsprechend ausgerüstet sein, beispielsweise durch gut ausgerüstete
586 Tanklöschfahrzeuge oder Rettungsboote für Hochwassereinsätze. Die Ausbildung der
587 Feuerwehrleute wollen wir an neue Herausforderungen, beispielsweise bei der
588 Personenrettung in Hochwasserlagen, der sogenannten Strömungsrettung, anpassen.
589 Die grün-geführte Landesregierung unterstützt die Feuerwehren bei diesen
590 gewachsenen Aufgaben. So konnten die Feuerwehren in Baden-Württemberg allein im
591 Jahr 2023 mit rund 70 Millionen Euro für Ausstattung und Personal gefördert
592 werden.

593 Vorsorgemaßnahmen und Warnsysteme müssen im Hinblick auf den Klimawandel
594 ausgebaut und die Information der Bevölkerung verbessert werden. Grundsätzliches

595 Ziel eines modernen Katastrophenschutzes muss sein, dass die Bevölkerung in der
596 Lage ist, selbst eine möglichst umfassende Vorsorge für Krisenlagen zu betreiben
597 und Selbstschutzmaßnahmen, beispielsweise durch ausreichende Trinkwasser- und
598 Nahrungsvorräte, zu treffen. Um die Bevölkerung in unseren Kommunen besser zu
599 schützen und auf Krisen jeglicher Art bestmöglich vorbereitet zu sein,
600 unterstützen wir die Einrichtungen von Stabsstellen für Krisenmanagement und
601 Resilienz. Ziel ist es, alle relevanten Akteure der Kommune und im engen
602 Austausch mit dem Land zusammen zu bringen und entsprechende Krisen- und
603 Anpassungspläne sowie Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten.

604 Bevölkerungsschutz und Feuerwehren sind immer auch auf ehrenamtliches Engagement
605 angewiesen. Alleine in Baden-Württemberg engagieren sich 110.000 Bürger*innen
606 bei den freiwilligen Feuerwehren. Gerade mit den durch den Klimawandel
607 einhergehenden Herausforderungen steigt auch die Belastung für die ehrenamtlich
608 aktiven Bürger*innen. Wir Grüne wollen daher das Ehrenamt weiter stärken und
609 Belastungen, beispielsweise durch bürokratische Anforderungen, abbauen. Als
610 Würdigung für das Ehrenamt erproben wir seit August 2023 in vier Modellregionen
611 die Ehrenamtskarte, mit der Ehrenamtlich Tätige Ermäßigungen beim Eintritt in
612 verschiedenen Kultur-, Sport- sowie Bildungseinrichtungen erhalten. Bei Erfolg
613 soll diese Unterstützung auf das ganze Land ausgeweitet werden.

614 Die Gesundheit unser Bürger*innen schützen

615 Längere Hitzeperioden sind insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie
616 ältere, behinderte oder kranke Menschen, aber auch für kleine Kinder oft mit
617 gesundheitlichen Belastungen verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass
618 insbesondere größere Kommunen Hitzeaktionspläne erarbeiten, in denen Maßnahmen
619 und Ablaufpläne zum Umgang mit Hitze und dem Schutz vor Hitze konkret festgelegt
620 sind. Es gilt, vulnerable Bevölkerungsgruppen und Institutionen rechtzeitig und
621 zielgerichtet vor Belastungen zu warnen und Hilfesysteme zu etablieren. Auf
622 kommunaler Ebene wollen wir die Angebote der Nachbarschaftshilfe ausbauen und
623 stärken, um insbesondere alleinstehenden, älteren, behinderten oder kranken
624 Personen in Hitzephasen Unterstützung zukommen lassen zu können. Die bereits an
625 vielen Orten stattfindende Nutzung von (digitalen) Anzeigetafeln im öffentlichen
626 Raum ermöglicht beispielsweise eine schnelle Warnung von Bürger*innen.

627 Menschen, die in ihrer beruflichen Tätigkeit besonderen Hitzebelastungen
628 ausgesetzt sind, müssen wir besonders schützen. Wo die Schutzmaßnahmen noch
629 nicht umgesetzt sind, wirken wir auf Hitzestandards in Pflege- und anderen
630 hitzesensiblen Einrichtungen hin. Trinkwasserangebote wie öffentliche Brunnen im
631 öffentlichen Raum sind konsequent auszubauen. Für extreme Hitzeereignisse setzen
632 wir uns in den Kommunen für die Einrichtung von öffentlichen Abkühlungsräumen
633 und für die vermehrte Schaffung von Sitzmöglichkeiten im Schatten ein, die
634 insbesondere vulnerablen Personengruppen bei Hitze entlasten können. Dazu wollen
635 wir, dass kommunale öffentliche Gebäude standardmäßig mit einem Wärmeschutz
636 versehen werden. Ein Stadtplan für heiße Tage kann sowohl der Bevölkerung als
637 auch Besucher*innen aufzeigen, wo in dem jeweiligen Ort kühle Orte, wie
638 beispielsweise Bibliotheken, Museen, Grünflächen und Alleen zu finden sind.
639 Bauliche Maßnahmen wie etwa die Errichtung von Sonnensegeln und verschattenden
640 Photovoltaikanlagen, eine konsequente Fassaden- und Dachbegrünung,
641 Verdunstungsanlagen können dazu beitragen, die Hitzebelastung in Städten und
642 Dörfern zu reduzieren.

643 Am 9. Juni 2024 wählen die Baden-Württemberger*innen ihre Vertreter*innen in den
644 Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten, sowie die Mitglieder der
645 Regionalversammlung in der Region Stuttgart. Wir Grüne haben das politische
646 Angebot und die jahrzehntelange politische Erfahrung, Klimaschutz und
647 Klimaanpassung in unseren Kommunen auf eine tragfähige, zukunftsfähige Basis zu
648 stellen. Unsere Grünen und Grün-nahen Rät*innen wollen und werden ihre Arbeit
649 für lebenswerte, klimafreundliche und wirtschaftsstarke Kommunen gemeinsam mit
650 den Bürger*innen vor Ort fortsetzen. Deshalb werben wir für das Vertrauen der
651 Baden-Württemberger*innen: Am 9. Juni 2024 Grün wählen!